

Stand: 24.06.2026 06:43:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20

"Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20 vom 23.10.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 4 vom 24.10.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/176 des BI vom 03.12.2013
4. Beschluss des Plenums 17/298 vom 10.12.2013
5. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 10.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Garantie abzugeben, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die Lehrerstellen im Schulsystem bleiben.

Begründung:

Der so genannte Bayernplan der CSU verspricht den bayerischen Schulen eine Garantie, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die frei werdenden Lehrerstellen vollständig im Bildungssystem belassen werden sollen. Die allgemeine Formulierung Bildungssystem ist auf das Schulsystem zu konkretisieren, damit die Lehrerinnen und Lehrer den bayerischen Schulen auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Zudem sind zusätzliche Stellen zu schaffen, um kleinere Klassen und bessere individuelle Förderung zu ermöglichen.

auch noch nicht ganz am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19 bis 17/22 und 17/29 sowie 17/30 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zusammensetzung des Ältestenrats bekannt. Nach § 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung besteht der Ältestenrat aus der Präsidentin, die im Verhinderungsfall vom Ersten Vizepräsidenten vertreten wird, und den Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen. Jede Fraktion erhält im Ältestenrat für die angefangene Zahl von je 15 Mitgliedern einen Sitz. Die Benennung ihrer Mitglieder und einer doppelten Anzahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern obliegt den Fraktionen. Die Fraktion der CSU hat demgemäß Anspruch auf 7 weitere Mitglieder, die SPD-Fraktion auf 3 sowie die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf jeweils 2 Mitglieder. Insgesamt besteht der Ältestenrat damit aus 15 Mitgliedern. Im Einzelnen können die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ältestenrats der Ihnen vorliegenden Mitteilung auf Drucksache 17/31 entnommen werden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Siehe Anlage 4)

Ich kann die Sitzung noch nicht schließen, weil das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen noch nicht vorliegt, und bitte Sie, wenn Sie die Zeit haben, dieses gemeinsam mit mir abzuwarten.

(Margarete Bause (GRÜNE): Erzähle doch einmal ein paar Geschichten, vielleicht von deiner ersten Sitzung!)

Ich vergesse immer, das Mikrofon an- und auszumachen. Oder es reagiert nicht immer auf meinen Druck. Ich muss mehr Druck ausüben. Der Touchscreen ist verbesserungsdürftig.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Mit dem Kugelschreiber versuchen!)

- Ein guter Tipp, genau.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das wird alles protokolliert!)

- Ich weiß, das sind die Geschichten aus dem Nähkästchen.

(Unterbrechung von 13.56 bis 13.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt. Zunächst geht es um den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer und anderer und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) und Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Unterstützung einer möglichen Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XI-II. Paralympischen Winterspiele 2022", Drucksache 17/18. Mit Ja haben 141 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 20 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis für den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022", Drucksache 17/28, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 140 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 3. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes und auch am Ende dieser Sitzung. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und schließe die Sitzung.

(Schluss: 12.59 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/20

**Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite
muss im Schulsystem bleiben**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 2. Sitzung am 14. November 2013 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 3. Sitzung am 26. November 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 3. Sitzung am 3. Dezember 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/20, 17/176

Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Günther Felbinger

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Tobias Reiß

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Georg Eisenreich

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen nun zur Beratung der Nummer 2 der Anlage zur Tagesordnung. Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben (Drs. 17/20)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Günther Felbinger. Bitte schön, Herr Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon wieder auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Bezug nehmen, der hier verkündet hat, dass es in der neuen Legislaturperiode einen Stellenstopp gibt. Es wird keine neuen Stellen im bayerischen Schulsystem und damit keinerlei Weiterentwicklung im bayerischen Schulsystem geben. Ruhe ist ja gut; aber zu viel Ruhe ist dann doch des Guten zu viel. Deswegen ist dieser Stellenstopp unserer Meinung nach sehr fahrlässig. Die Aufgaben der Schulen haben sich in vielfältiger Weise verändert. Ich nenne nur die Themen Inklusion, individuelle Förderung und Ausbau der gebundenen Ganztagschulen. Damit stehen Herkulesaufgaben vor uns, für die wir dringend neue Stellen benötigen.

Dieser Stellenstopp ist aber auch deswegen fahrlässig, weil die Staatsregierung mit ihrer Ankündigung, keine neuen Schulreformen zu wollen, bestätigt, dass sie keine Antworten für den Bestand der Schulen im ländlichen Raum hat. Herr Seehofer, Sie haben in der Regierungserklärung insgesamt drei Garantien abgegeben: keine neuen Schulreformen, die Grundschulgarantie und die Ganztagsgarantie. Des Weiteren haben Sie zur neuen Legislaturperiode das Kultus- und das Wissenschaftsministerium vereint. Für die Hochschulen haben Sie versprochen, die Exzellenz in Forschung, Lehre und Administration voranzutreiben. Auch die Schaffung eines Universitätsklini-

kums in Augsburg soll vorangetrieben werden. Ich könnte noch viele dieser vollmundigen Ankündigungen darbringen, möchte es aber damit bewenden lassen.

Das Fazit lautet für uns: All diese Ankündigungen benötigen Ressourcen und zusätzliche Stellen; allerdings ist ein Stellenstopp angekündigt worden. Wie soll das gelingen? Wir FREIEN WÄHLER haben den Bayernplan sehr intensiv durchgelesen. Es ist legitim, nachzuschauen, was die CSU den bayerischen Schulen darin so verspricht. Sie verspricht, dass die frei werdenden Lehrerstellen bei sinkenden Schülerzahlen vollständig im Bildungssystem belassen werden sollen. Dies wird als demografische Rendite bezeichnet. So weit, so gut. Aber die Debatten in der letzten Legislaturperiode haben uns gezeigt, dass die Staatsregierung in den Haushaltsplänen viel Verschleierrungspolitik betreibt.

Ich bin mir sicher: Bis heute weiß keiner, ob überhaupt und, wenn ja, wie viele Stellen in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen wurden. Ich bin mir sicher, Minister Dr. Spaenle weiß das bis heute nicht. Ich erinnere zudem daran, dass seinerzeit im Koalitionsvertrag zwischen der CSU und der FDP wörtlich festgelegt wurde, dass die demografische Rendite im Bildungssystem verbleiben soll. Was haben wir damals erlebt? Damals sind die Stellen in den Hochschulbereich gewandert, und die Schule hatte sie verloren. Ähnliches befürchten wir nun auch, wenn die beiden Ministerien für Hochschule und Kultus zusammengelegt werden. Hier besteht die reale Gefahr, dass es zu einem Verschiebebahnhof zwischen den Schulen und den Hochschulen kommt. Am Ende wird man nur sagen können, dass die Stellen im Bildungssystem geblieben sind. Wir wollen aber, dass sie im Schulsystem bleiben; denn wir brauchen diese Stellen, um die individuelle Förderung und die Inklusion umzusetzen und um den Ganztagsunterricht weiter voranzutreiben.

Deswegen brauchen wir eine klare Zusicherung Ihrerseits, dass diese Stellen tatsächlich an den Schulen bleiben und nicht anderweitig irgendwo im Bildungssystem verbraten werden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Reiß als nächsten Redner ans Redepult bitten.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Felbinger, repetitio est mater studiorum.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Wiederholung ist alles. Das scheint der Grundsatz der FREIEN WÄHLER bei diesem Dringlichkeitsantrag zu sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das muss man öfter sagen, ihr seid schwerhörig!)

Wir sollen uns heute zum dritten Mal mit diesem Dringlichkeitsantrag beschäftigen, nachdem wir ihn bereits im Bildungsausschuss und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes diskutiert haben. Wir haben ihn zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird auch nach der dritten Wiederholung nicht besser.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er ist gut genug!)

Herr Kollege Aiwanger, das einzig Gute an dem Antrag ist, dass er aus dem Bayernplan abgeschrieben worden ist.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Immerhin!)

Das ist Note 6. Das wird euch in Zukunft nicht mehr so gut gelingen. Jetzt sitzt ihr nicht mehr neben uns. Ihr könnt jetzt nicht mehr so leicht abschreiben.

(Heiterkeit bei der CSU)

Zukünftig müsst ihr eure Anträge selber entwickeln.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das finden wir im Internet!)

Nicht zuletzt hat unser Ministerpräsident in Berlin bestätigt bekommen, dass unsere Verhandler den Bayernplan besser kennen als die Bibel. Er hat nicht damit gerechnet, dass die FREIEN WÄHLER dies als Steilvorlage nehmen. Die Exegeten der FREIEN WÄHLER überprüfen nicht nur unsere Bibelfestigkeit, sondern auch unsere Kenntnisse zum Bayernplan. Herr Kollege Felbinger hat es vorgelesen: Wir garantieren den bayerischen Schulen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die frei werdenden Lehrerstellen vollständig im Bildungssystem belassen bleiben.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ein Schreibfehler, Schulsystem!)

- Herr Kollege Felbinger, euer Antrag hat auch einen Fehler. Der Antrag richtet sich an die Staatsregierung. Primat des Haushaltsgesetzgebers ist es, über den Stellenplan zu entscheiden. Von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt ist es unsere Aufgabe, über die Fragen der demografischen Rendite und den Verbleib der Stellen im Bildungs- und Schulsystem zu debattieren, zu beraten und schließlich zu entscheiden. Im Rahmen dieser Diskussionen werden Sie wie in der letzten Legislaturperiode feststellen, dass Bildung für uns ein Investitionsschwerpunkt ist und bleibt.

Allein die Entwicklung des Bildungsetats zeigt das eindrucksvoll auf. Der Bildungsetat hat sich seit dem Jahr 2008 von 8,9 Milliarden Euro auf 10,6 Milliarden Euro im Jahr 2013 erhöht. Nächstes Jahr wird der Bildungsetat 10,9 Milliarden Euro umfassen. In der letzten Legislaturperiode haben wir über 5.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Herr Kollege Felbinger, im Gegensatz zu Ihren Ausführungen haben wir die demografische Rendite im Bildungssystem, im Schulsystem belassen. Uns stehen heute 8.200 zusätzliche Stellen für neue Aufgaben zur Verfügung.

Diesen Weg werden wir in dieser Legislaturperiode konsequent weitergehen. Künftig werden wir in die Verkleinerung der Klassen, in den Ausbau der Ganztagsangebote, in die Verbesserung der individuellen Förderung, in den Ausbau der Bildungsangebote sowie in die Inklusion investieren. Das ist im Bayernplan so angelegt. Den Bayernplan haben wir nicht nur auf Bundesebene im Rahmen der Koalitionsverhandlungen umge-

setzt. Die Umsetzung des Bayernplans werden wir mit unserem Handeln im Bayerischen Landtag in den nächsten Jahren unter Beweis stellen. Dafür brauchen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER an dieser Stelle nicht. Deshalb werden wir den Antrag wie im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Bildungsausschuss ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schon wieder!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf Frau Dr. Strohmayer an das Redepult bitten.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN sehr dankbar für diesen Antrag. Mit dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Garantie dafür abzugeben, dass die Lehrerstellen bei sinkenden Schülerzahlen im System bleiben. Die Staatsregierung ist eigentlich nicht für die Lehrerstellen zuständig. Letztendlich werden die Lehrerstellen im Finanzministerium verwaltet. Dennoch glaube ich, dass das Ansinnen richtig ist. Wir müssen klären, wie es mit der demografischen Rendite aussieht.

Es gibt einem zu denken, wenn der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung drei Garantien abgibt, nämlich die Garantie für die Grundschulen, die Garantie für den Ganzttag und die Garantie, keine weiteren Schulreformen durchzuführen. Hinsichtlich der demografischen Rendite hat er keine Garantie abgegeben. Im Gegenteil, er hat einen Stellenstopp angekündigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt noch schlimmer. Wir haben über diesen Antrag bereits im Ausschuss für Bildung und Kultus diskutiert. Das war am 14. November. Die Vertreterin des Kultusministeriums hat auf Nachfrage, wie hoch die demografische Rendite sei, geantwortet – ich zitiere: Sie sehe sich außerstande, die Schülerzahlen für die nächsten fünf Jahre und damit die demografische Rendite zu prognostizieren. Das Berechnungsverfahren sei sehr technisch. Zunächst würden die

voraussichtlichen Schülerzahlen für die einzelnen Schularten geschätzt und danach der voraussichtliche Grundversorgungsbedarf für eine Klasse ermittelt. Berücksichtigt würden dabei auch Veränderungen beim verpflichtenden Arbeitszeitkonto. Angesichts der sinkenden Schülerzahl ergebe sich somit rechnerisch eine demografische Rendite. Diese demografische Rendite könne momentan nur mit den aktuellen Zahlen berechnet werden. Für die Zukunft lägen keine Zahlen vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das eigentliche Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Bankrotterklärung für ein Ministerium. Aus meiner Sicht ist es unvorstellbar, dass ein Personalhaushalt, der über 100.000 Lehrkräfte umfasst, nur von Jahr zu Jahr bewältigt werden soll. Wenn das tatsächlich so wäre, wäre das eine Katastrophe!

Für mich ist es ebenfalls unvorstellbar, wie ohne das Verbleiben der demografischen Rendite im System die vielen zusätzlichen Aufgaben, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung selbst vorgegeben hat, bewältigt werden können. Ich nenne nur die Inklusion. Mich rufen täglich viele Lehrer an, die maßlos überfordert sind, Herr Ministerpräsident.

(Unruhe bei der CSU)

Sie wissen nicht, wie sie mit einer Klasse von Kindern mit zusätzlichen Bedürfnissen umgehen sollen. An dieser Stelle brauchen wir zusätzliche Lehrer. Für das individuelle Lernen brauchen wir ebenfalls mehr Lehrer. Wir brauchen insbesondere an Realschulen kleinere Klassen. Über 1.000 Realschulklassen setzen sich aus über 30 Schülern zusammen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Begabtenförderung angesprochen. Sie wollen vieles verändern. Ich frage mich, wie das ohne zusätzliche Lehrer gelingen soll. Sie haben den Ganzttag angesprochen. Ich frage mich, wie ein gut rhythmisierter Ganzttag ohne zusätzliche Lehrer funktionieren soll. Die demografische Rendite muss im Sys-

tem bleiben! Wir müssen offen damit umgehen, wo wir tatsächlich stehen. Es muss offengelegt werden, wie viele Lehrer wir zukünftig brauchen und wie sich unsere Schülerzahlen entwickeln. Deswegen haben wir diesem Antrag der FREIEN WÄHLER im Ausschuss zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich darf Kollegen Gehring bitten.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultusminister Spaenle hat zu Beginn des Schuljahres und dieser Legislaturperiode die Parole Ruhe ausgegeben. Ende Oktober hat er einen politischen Kassensturz im Bildungssystem angekündigt. Beim Kassensturz rappelt es ganz gewaltig, da gibt es keine Ruhe. Normalerweise macht man einen Kassensturz, wenn man der alten Regierung nicht traut, wenn man sagt: Die Zahlen stimmen nicht, wir müssen wirklich alles auf den Tisch legen und eine neue Politik beginnen. An diesem Kassensturz beteiligen wir uns gerne.

Gleichzeitig hat der Ministerpräsident eine magische Gleichung aufgestellt: flächendeckender Ausbau der Ganztagschule, Grundschulgarantie, barrierefreies Bayern, das bedeutet auch viel für Schule und Inklusion. Er hat aber auch gesagt: keine neuen Stellen und keine neuen Schulden. In dieser magischen Rechnung kommt der sogenannten demografischen Rendite eine echte Zauberfunktion zu.

Die demografische Rendite ist die rechnerische Größe der Lehrerstellen, die bei zurückgehenden Schülerzahlen frei werden. Mit dieser demografischen Rendite müssen alle diese Aufgaben gelöst werden. Deswegen ist der Antrag der FREIEN WÄHLER natürlich richtig, zu sagen: Die demografische Rendite muss im System bleiben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber nicht neu!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür muss man zunächst aber wissen, wie hoch diese demografische Rendite eigentlich ist. Wie hoch ist sie im Jahr 2014, 2015, 2016, 2017, 2018? Lieber Kollege Reiß, es geht darum, dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber, das Königsrecht des Parlaments, die Zahlen kennt: Wie hoch ist sie denn tatsächlich? – Wir haben diese Zahlen nicht bekommen. Im Bildungsausschuss gab es keine Zahlen. Mein Eindruck ist, dass man im Kultusministerium gar keine Ahnung davon hat, was das ist.

Wir machen Politik für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit. Und dafür haben wir keine Zahlen. Wir wissen nicht, ob die demografische Rendite ausreicht und die tolle Rechnung des Ministerpräsidenten aufgeht. Bleibt vielleicht sogar etwas übrig? Kann man vielleicht noch etwas streichen? Oder wird Geld umgeschichtet? – Dass die demografische Rendite im Schulsystem bleiben soll, ist nicht unerheblich.

Wir haben es in der Vergangenheit schon erlebt. Kollege Felbinger hat darauf hingewiesen, dass 1.200 Stellen von den Grund- und Hauptschulen weggenommen und an die Hochschulen verlagert wurden. Wo bleibt also die demografische Rendite, und wie geht man damit um?

Außerdem gibt es viele Aufgaben, die der Ministerpräsident gar nicht angesprochen hat. Kleinere Klassen sind solch ein Thema. Wir haben an den Realschulen immer noch rund 1.000 Klassen mit mehr als 30 Schülerinnen und Schülern. Dort müssen Ressourcen reingesteckt und Stellen geschaffen und finanziert werden.

Wir haben auch nichts zur Situation der Schulen im ländlichen Raum gehört, der Mittelschulen, über die man nicht so oft redet wie über die Gymnasien. Wenn man Standorte erhalten will, braucht man dafür Ressourcen, man braucht Stellen. Diese Diskussion können wir hier nur führen, wenn wir die demografische Rendite kennen. Ich weiß nicht, ob in der Staatsregierung jemand Ahnung davon hat. Für uns ist es selbstverständlich, dass dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber die Zahlen und Modellrech-

nungen vorgelegt werden, damit wir auf dieser Grundlage entscheiden können. Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER schon deshalb zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Ich darf jetzt Herrn Staatssekretär Eisenreich bitten.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin leider etwas erkältet, deshalb ist die Stimme heute etwas tiefer als sonst.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wir verstehen Sie schon!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir haben in den letzten fünf Jahren bewiesen, dass die Bildung für uns ein Investitionsschwerpunkt ist. Sie wird auch ein Investitionsschwerpunkt bleiben. Wir haben bei der letzten Landtagswahl von den Bürgerinnen und Bürgern auch deswegen eine so hohe Zustimmung bekommen, weil sie, die Lehrer, die Eltern und die Schüler gemerkt haben, dass uns die Bildung wichtig ist und wir viel in die Bildung investieren. Kollege Reiß hat es schon gesagt: Wir haben den Kultusetat in den letzten Jahren seit 2008 um insgesamt zwei Milliarden Euro von 8,6 Milliarden auf 10,6 Milliarden Euro gesteigert. Wir haben rund 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Herr Kollege Gehring, die Stellen, die formal an die Hochschulen gewandert sind, kamen durch zusätzliche Stellen wieder an die Schulen, so dass sie für das Schulsystem nicht verloren gegangen sind.

Der Ministerpräsident hat Schwerpunkte im Bereich der Bildung festgelegt, seien es der Ausbau der Ganztagschule, die Grundschulgarantie, die Digitalisierung. Selbstverständlich werden die genannten Schwerpunkte auch finanziert werden. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Wir werden das in den anstehenden Beratungen des Bayerischen Landtags besprechen; denn der Haushaltsgesetzgeber ist immer noch

dieses Haus. Die angekündigten Maßnahmen werden finanziert werden. Darauf können sich die Wählerinnen und Wähler und die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auf Drucksache 17/176 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die CSU. Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Machen Sie sich für heute Abend schön! Bis später. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.16 Uhr)